



Medienmitteilung

Aus dem Departement des Innern

13. August 2010

Kanton St. Gallen leistet Beitrag an die Gemeindevereinigung von Wil und Bronschhofen

Regierung stellt 14,82 Mio. Franken für Gemeindevereinigung in Aussicht

Das Vereinigungsprojekt der politischen Gemeinden Wil und Bronschhofen befindet sich auf gutem Weg. Im Frühjahr 2011 werden die Bürgerschaften der beiden Gemeinden über den Vereinigungsbeschluss abstimmen. Das Gesuch der beteiligten Gemeinden um Förderbeiträge nach Gemeindevereinigungsgesetz wurde von der St. Galler Regierung gutgeheissen: Für die Unterstützung der strukturellen Verbesserungen in der neuen Gemeinde Wil stellt sie Förderbeiträge in Höhe von 14,82 Millionen Franken in Aussicht. Über den Beitrag entscheiden wird der Kantonsrat.

Die beiden politischen Gemeinden Wil und Bronschhofen planen auf Beginn der Amtsdauer 2013-2016 die Vereinigung zur neuen Gemeinde Wil. Bezogen auf die Bevölkerung ist die vereinigte Gemeinde mit rund 22'200 Einwohnerinnen und Einwohnern die nach St.Gallen und Rapperswil-Jona drittgrösste Gemeinde im Kanton. Flächenmässig wird sie zur grössten im eigenen Wahlkreis. Durch das Vereinigungsvorhaben reduziert sich die Zahl der Politischen Gemeinden im Kanton St. Gallen per 1. Januar 2013 um eine weitere autonome Gemeinde.

Grosses Potential

Beide Gemeinden verfügen bereits heute über grosses wirtschaftliches Potenzial. Die gemeinsame Nutzung dieser Potenziale und die Vereinheitlichung der raumplanerischen Grundsätze in der neuen, vereinigten Gemeinde Wil führen zu einer zusätzlichen Optimierung. Durch die Stärkung der vereinigten Gemeinde Wil in der Region selbst sowie auch überregional gewinnen die vorhandenen Areale weiter an Wert und eröffnen der neuen Gemeinde gute Zukunftsaussichten.

Aufgrund dieser günstigen Ausgangslage beurteilte die Regierung das Bestreben der beiden Gemeinden in Bezug auf deren zukünftige Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit sehr positiv. Durch den Wegfall sämtlicher Finanzausgleichsbeiträge, die Bronschhofen derzeit erhält, entsteht zudem auch für den Kanton St. Gallen ein positives Ergebnis. Dies rechtfertigt aus Sicht der Regierung, den Gemeinden einen Förderbeitrag nach Gemeindevereinigungsgesetz in Aussicht zu stellen. Wegen der im kantonalen Vergleich relativ hohen Verschuldung der kleineren Gemeinde und der Grösse der beiden Gemeinden ergibt sich ein Gesamtbeitrag in der Höhe von 14,82 Millionen Franken, wie Regierungsrätin Kathrin Hilber anlässlich einer Medienorientierung in Bronschhofen erläuterte. Die Auszahlung der Förderbeiträge ist einerseits abhängig von der Zustimmung des Kantonsrates, anderseits natürlich auch vom Abstimmungsausgang zum Vereinigungsbeschluss im Frühjahr 2011.

Wiler Steuerfuss weiterhin aktuell

Die Berechnungen des Kantons im Zusammenhang mit dem Gesuch der Gemeinden um Förderbeiträge haben ergeben, dass die vereinigte Gemeinde unter den aktuellen Voraussetzungen weiterhin den Steuerfuss der bisherigen Gemeinde Wil erheben kann (aktuell 124 Steuerprozent, ab 2011 geplant 128). Für die Bronschhofer Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies einen gegenüber heute deutlich tieferen Steuerfuss (aktuell: 152 Steuerprozent). Nicht berücksichtigt sind dabei jedoch künftige Investitionen, Aufgaben oder Beiträge wie beispielsweise der Sportpark Bergholz oder die Pflegefinanzierung, deren Bau oder Inkraftsetzung noch nicht gesichert ist, deren Auswirkungen beim Verzicht auf die Vereinigung aber auch die bisherigen Gemeinden zu tragen hätten.

Mit den Behörden von Bronschhofen und Wil wurde eine Übergangszeit von drei Jahren für die Realisierung der dargelegten Synergien vereinbart. Während dieser Übergangszeit hilft der Startbeitrag des Kantons, den Wiler Steuerfuss in seiner Höhe zu fixieren. Nach Ablauf dieser Frist liegt diese Verantwortung allein bei den Behörden der neuen Gemeinde.

Verbesserte Leistungsfähigkeit

Durch die Vereinigung der beiden Gemeinden können zahlreiche Verbesserungen in der Leistungsfähigkeit erzielt werden:

- Mit der Vereinigung nimmt die Zahl der Fälle in den einzelnen Verwaltungsbereichen zu. Das fördert die Spezialisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Aufgabenbereichen und die Standardisierung der Abläufe. Damit werden einerseits die Fachkompetenz und die Rechtssicherheit in den einzelnen Verwaltungszweigen gesteigert und andererseits wird die vereinigte Gemeinde als Arbeitgeberin für gut ausgebildete, fachkompetente Mitarbeitende noch attraktiver.
- Für die vereinigte Gemeinde wird das in Wil bereits praktizierte Departementssystem übernommen. Die Grösse der neuen Gemeinde ermöglicht es, insbesondere für die Schlüsselpositionen in der Verwaltung gut qualifizierte und kompetente Stellvertretungen zu ernennen. Damit werden unangenehme Engpässe beim Ausfall eines Mitarbeitenden verhindert, und der Know-how-Transfer innerhalb der Gemeinde ist jederzeit gewährleistet.
- In diversen Bereichen wie zum Beispiel der Öffentlichkeitsarbeit, Informatik oder Raumplanung wird das bereits heute hohe Organisationsniveau durch den Zusammenschluss gehalten und teilweise zusätzlich verbessert. Gleichzeitig wirken sich mittel- und langfristige Synergieeffekte bei den Kosten positiv aus. Überdies kann die vereinigte Gemeinde Wil im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden einerseits von Synergien und gleichzeitig von der durch die Vergrösserung erfolgten Stärkung ihrer Verhandlungspositionen profitieren.

Weitere Projekte im Kanton St.Gallen

Neben dem Projekt zur Vereinigung der Gemeinden Wil und Bronschhofen laufen im Kanton St.Gallen parallel fünf weitere Projekte mit Beteiligung politischer Gemeinden. Es handelt sich dabei um die Projekte von Nesslau-Krummenau und Stein sowie Eschenbach, St.Gallenkappel und Goldingen, wo die Grundsatzabstimmungen mit Mehrheiten jeweils weit über zwei Dritteln gutgeheissen wurden. Dazu kommen Gommiswald, Ernetschwil und Rieden, Wattwil und Krinau sowie Bütschwil und Ganterschwil, die in den nächsten Monaten ebenfalls die Grundsatzabstimmung durchführen wollen. Als Startzeitpunkt dieser neu entstehenden, vereinigten Gemeinden ist der 1. Januar 2013 geplant. Können dank Zustimmung der Bürgerschaften alle sechs Projekte umgesetzt werden, so verringert sich die Zahl der politischen Gemeinden im Kanton St. Gallen auf diesen Zeitpunkt um acht von 85 auf neu 77.

Seitens des Kantons werden diese Veränderungen positiv zur Kenntnis genommen. Nebst allfälliger finanzieller Unterstützung – allerdings nur für politische und Schulgemeinden – bietet der Kanton vereinigungswilligen Gemeinden tatkräftige Unterstützung an, solche Projekte zu begleiten. Das Ziel einer strukturellen Verbesserung innerhalb der Gemeindeflandschaft des Kantons sowie der nachhaltigen Nutzung brachliegender Synergien ist im Interesse aller beteiligten Gremien und letztlich auch der Steuerzahlenden.

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Auskünfte erteilen heute zwischen 13.30 und 15.00 Uhr:

- Regierungsrätin Kathrin Hilber, Vorsteherin des Departementes des Innern, Tel. 071 229 33 05;
- Bruno Gähwiler, Stadtpräsident Wil, Tel. 071 913 53 53;
- Max Rohr, Gemeindepräsident Bronschhofen, Tel. 071 913 20 47;
- Bruno Schaible, Gemeindereformer im Amt für Gemeinden, Tel. 071 229 75 68.